

Ein Dossier der Stiftung Asienhaus in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Bürgerengagement in China

Zivilgesellschaft auf dem Prüfstand



Stiftung
Asienhaus

In Tianjin protestieren Bewohner im August 2015 gegen den Umgang der Behörden mit der bisher größten Chemiekatastrophe in China, bei der es zahlreiche Tote und Verletzte gab.

Foto: picture alliance / dpa



Gefördert durch die



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN



Nora Sausmikat
leitet das China-Programm
der Stiftung Asienhaus.

Liebe Leserinnen und Leser,

Chinas Entwicklung ruft Bewunderung und Ängste hervor. Die Frage der Menschenrechte und der globale Wettbewerb um Rohstoffe stehen hierzulande im Mittelpunkt der Diskussion über Chinas Rolle. Und innerhalb Chinas? Inwieweit sind die Menschen dort vom Umbruch in China betroffen und organisieren sich? Was hat das alles mit uns zu tun? Gibt es eine Wechselwirkung zwischen Entwicklungen hier und dort? Wie sehen die Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards entlang internationaler Wertschöpfungsketten aus, in denen Chinas Banken als Investoren in Erscheinung treten?

Diese Fragen greifen wir auf. Brücken bauen zwischen Zivilgesellschaften in Europa und Asien, dafür stehen die Stiftung Asienhaus und das China-Programm. Wir wollen informieren über Entwicklungen und Nöte der Menschen vor Ort. Wir bleiben aber hier nicht stehen, sondern fragen auch, welche Rolle unsere Politik, unsere Lebensweise oder „unsere China-Strategien“ dabei spielen. Wir wollen die Folgen unseres Handelns auf die Menschen in Asien, insbesondere in China, aufzeigen.

Wie die Beziehungen zu China gestaltet werden, wird mit über die Zukunft unserer Erde entscheiden. Diese Fragen sind zu wichtig, um sie allein der Politik und der Wirtschaft zu überlassen. Die Einmischung der Zivilgesellschaft ist gefragt.

Auch in China setzen sich Menschen für die Entstehung einer Zivilgesellschaft ein. Ein erster Schritt ist die Gründung von Interessenorganisationen und NGOs. NGOs in China sind durchaus in vielen Bereichen einflussreich, auch wenn die Bedingungen für sie schwierig sind – und gegenwärtig immer schwieriger werden. Einen Einblick in ihre Arbeit vor allem in den Bereichen nachhaltige Wertschöpfungsketten, Arbeitsrecht, Rohstoffabbau und Agraraktivismus bietet dieses Dossier.

Ihre

Dr. Sausmikat

3 Die etwas andere Zivilgesellschaft
Bürgerengagement und nicht-staatliche Organisationen in China
Nora Sausmikat

6 Chinas Bergbauunternehmen auf Expansionskurs
Der Einfluss von Chinas Bergbauindustrie im Globalen Süden
Bai Yunwen und Mark Grimsditch

9 Die Betroffenen wehren sich
Chinas Rohstoffindustrie sorgt für Proteste
Jost Wübbeke

11 Banken-Monitoring
Ein wachsames Auge auf chinesische Investoren
Anja Ruf und Nora Sausmikat

14 Der Streik bei Yue Yuen
Arbeitskampf in Chinas globalisierter Sportschuh-Produktion
Xu Hui

16 „Meine Vorstellung von nachhaltiger Landwirtschaft hat sich verändert“
Ein chinesischer Agraraktivist über Landwirtschaft in Deutschland und in China
Yifan Jiang

Die etwas andere Zivilgesellschaft

Bürgerengagement und nichtstaatliche Organisationen in China

Foto: Berit Thomsen



| Nora Sausmikat

Gibt es in China, einem politisch autoritär organisierten Land, eine Zivilgesellschaft? Die Antwort hängt davon ab, welche Definition man zugrundelegt. Die Regierung in China versucht einen eigenen Begriff von Zivilgesellschaft zu prägen. Die Selbstorganisation von Bürgerinnen und Bürgern wird zugelassen, ihr Engagement ist sogar erwünscht – wenn es kontrollierbar und auf vorgegebene Bereiche beschränkt bleibt. Zugleich wird verstärkt gegen „anti-chinesische Kräfte der westlichen Zivilgesellschaft“ und deren chinesische Sympathisanten vorgegangen.

Seit der Vierten UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking ist in China eine unübersichtliche Landschaft von unterschiedlichen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) herangewachsen, die einen vom Staat initiiert (GONGOs), die anderen als Graswurzel-Organisationen meist vom Ausland finanziell unterstützt.

Ich erinnere mich noch deutlich daran, wie chinesische Frauen gegen das NGO-Forum und die UN-Weltfrauenkonferenz in Beijing protestierten. Dies waren Frauen, die schon in den 1980er Jahren vorsichtige Schritte unternommen hatten, um „nichtstaatliche Strukturen“ aufzubauen wie zum Beispiel ein „nichtstaatliches Frauenforschungszentrum“, um unabhängig von der Zentralregierung forschen und diskutieren zu können. Ähnliche Entwicklungen gab es im Umweltschutzbereich.

Diese Frauen bezichtigten die Regierung, mit dem NGO-Forum in Huairou etwas vorzugeben, was nicht der Realität entsprach: die

Trotz aller Reglementierung durch die Regierung arbeiten Teile der chinesischen Zivilgesellschaft mit europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen. Hier ein NGO-Austausch 2009 in Guangzhou, organisiert von der Stiftung Asienhaus.

Unterstützung unabhängiger sozialer Bewegungen und Förderung einer freien Diskussionskultur. Die Folge: Das unabhängige Frauenforschungszentrum wurde geschlossen.

Die Weltfrauenkonferenz war ein Versuch der chinesischen Regierung, international wieder an Achtung zu gewinnen. China wurde nach dem brutalen Vorgehen gegen die eigenen Bürger beim Volksaufstand 1989 international geächtet. Durch die Bewerbung um die UN-Weltfrauenkonferenz sollte ein Image als weltoffenes und modernes Land hergestellt werden. Obwohl das Frauenforschungszentrum geschlossen wurde, bildete

das UN-Frauen-NGO-Forum den Anfang für eine „NGOisierung“ Chinas. Zwar wurden anfangs eine große Menge an NGOs von der Regierung gegründet und auch zentral verwaltet und kontrolliert. Auch ehemalige Massenorganisationen der Partei wie der nationale Frauenverband wurden mit einem Mal „modernisiert“ und als „weltgrößte NGO“ vermarktet.

Dennoch konnten sich auch Graswurzel-Organisationen, die genuin von den Bürgern aufgebaut wurden, bilden. Darüber hinaus konnten regional relativ unabhängige Verbände aus den ursprünglich von staatlichen Stellen initiierten Organisationen erwachsen.

Den Beginn machten kleine eher elitäre Gruppen in den Städten, später gab es aber auch Bauern, die sich zu Interessengemeinschaften zusammenschlossen und viele städtisch-ländliche Initiativen, wie zum Beispiel die neuen Community Supported Agriculture (CSA)-Initiativen, die Klein-Produzenten auf dem Land und Konsumenten in der Stadt (meist aus der Mittelschicht) verbinden wollen.

| Von der Servicefunktion zu politischem Aktivismus und zurück

Mittlerweile sprechen Chinaforscher von der dritten Generation von NGOs. Sowohl auf der Gesetzebene als auch in den Medien und im Internet hat sich viel zugunsten von Bürgerpartizipation und kritischem Bürgerbewusstsein verändert. Vor allem das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (EIA) von 2003, das Klimaschutzgesetz (2007) sowie das Gesetz zur Verpflichtung zur Offenlegung von Information (2008) gaben den Bürgern neue Instrumente in die Hand, politisch aktiv zu werden. Aktivisten wurden selbstbewusster, auch weil sie von einzelnen Politikern vor allem im Umweltbereich unterstützt wurden. Weigerte sich ein Unternehmen oder eine Umweltbehörde, die Daten zu einem neuen Chemiewerk herauszugeben, meldeten sie es der übergeordneten Umweltbehörde.

Die Zeit zwischen 2003 und 2008 wird oft als das goldene Zeitalter des Umweltaktivismus in China bezeichnet. In diese Zeit fällt der durch konzertierte Kooperation zwischen Umweltaktivisten und Umweltpoliti-

Foto: Liu Lianjiang



kern erwirkte Baustopp von Staudämmen am Nu- und Jiangtse-Fluss, die Schließung von Chemiewerken und die Einstellung von insgesamt 30 illegalen Infrastrukturprojekten. Mit der Aufwertung der Umweltschutzbehörde zu einem Ministerium 2008 wechselten die Politiker und damit veränderte sich auch die junge Allianz zwischen ihnen und den Aktivisten.

Doch auch in anderen Bereichen wurden chinesische Bürger aktiv und setzten sich gegen rücksichtslose Unternehmen oder skrupellose Lokalpolitiker zur Wehr. Gerichtsverfahren wurden zu einem Mittel, sich gegen Unrecht zu wehren. Obwohl es keine unabhängige Gerichtsbarkeit gibt und Prozesse teuer sind, bildete sich Anfang der 2000er eine Schicht Intellektueller und Bürgeranwälte heraus, die die Strukturen schufen, um einerseits mittellose Kläger zu unterstützen und gleichzeitig das anfällige Rechtssystem zu kritisieren. Eine breite Debatte über Konstitutionalismus, also die Umsetzung der in der Verfassung festgeschriebenen Rechte in die gesellschaftliche Praxis, entwickelte sich.

Seither setzen sich frisch gebackene Anwälte für den Schutz der Umwelt und die Rechte der Bürger ein. Oft geht es um Entschädigungsklagen. Die Anwälte verteidigen aber auch die Rechte von Menschen mit Behinderungen oder Aids und setzen sich im Bereich Gleichberechtigung oder Arbeitsrecht ein. Auch die neue Mittelschicht begann, sich zu organisieren und politische

Mitspracherechte einzufordern. Unter den 8000 Unterzeichnern der Charta 08, einem Pamphlet zur politischen Reform, befinden sich auch viele Haus- und Wohnungseigentümer. Mitinitiator und Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo wurde zu 11 Jahren Haft verurteilt.

Läuft ein Gerichtsprozess extrem unfair ab, so kann es passieren, dass dies sofort im Internet bekannt gemacht wird und schnell eine kritische Masse von wütenden Bürgern sich zu Wort meldet, die die Staatsbeamten zum Einlenken zwingt. Auch einzelne Geschäftsmänner und Blogger mit über zehn Millionen „Followern“ erkämpften sich über das Internet die anderswo fehlende Öffentlichkeit. Dennoch, NGOs leben gefährlich: Die Anti-Korruptionskampagne von Xi Jinping wurde von manchen NGOs so ernst genommen, dass sie selbstständig recherchierten und die Vermögensoffenlegung bestimmter Politiker forderten. Soviel Leidenschaft war nicht erwünscht, sie landeten im Gefängnis.

Natürlich gibt es auch Missbrauch und spontane Gewalt, wenn zum Beispiel ein Regierungsbeamter im Netz falsch beschuldigt wird und die Bürger handgreiflich werden. Die Regierung reagierte prompt: 2013 verbot sie das „Verbreiten von Gerüchten“, das nun mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden kann (im November 2015 soll die Verordnung erneuert und die Haftstrafe auf 7 Jahre erhöht werden). Es kam zu Massenverhaftungen, internationale soziale Medien wurden durch nationale ersetzt. Wurde eine „falsche“ Nachricht mehr als 500mal verbreitet, machte man sich automatisch strafbar.



Links: Luftverschmutzung in China.

Rechts: Atomkraft ist keine Lösung. Studenten in Dalian machen öffentlich auf die Gefahren der Kernenergie aufmerksam, in China ein heikles Thema, da Atomkraft als Grüne Energie gilt und es kaum Aufklärung darüber gibt.

Offizielles Verständnis von Zivilgesellschaft

Seit 2008 gab es immer wieder Versuche, das Wort „Zivilgesellschaft“ ganz aus dem Wortschatz zu verbannen – der letzte bekannt gewordene Versuch stammt aus dem Jahre 2013, als ein internes Dokument mit dem Namen „Nummer 9“ deutlich machte, dass China es als Angriff und Bedrohung empfindet, wenn Akteure erklären, auch in China so genannte „universelle Werte“ durchzusetzen oder eine Zivilgesellschaft aufbauen zu wollen. Diese Kräfte wurden als „anti-chinesische Kräfte“ eingestuft.

Abgesehen davon bemüht sich die chinesische Regierung aber, nicht unmodern zu erscheinen, und plant eine ganz eigene Form von Zivilgesellschaft. Unter Xi Jinping soll ihre Arbeit auf einige wenige Bereiche eingegrenzt werden: Sie sollen den Staat dabei unterstützen, die Umwelt zu schützen, Klimaschutzkonzepte auszuarbeiten und einen chinesischen Wohlfahrtsstaat aufzubauen.

In der Verfassung sind zwar die Grundlagen geschaffen, um eine Bürger- und Zivilgesellschaft, wie wir sie auch in demokratischen Staaten kennen, entstehen zu lassen: Seit 1982 sind die Meinungsfreiheit, freie Publikation und das Recht auf Versammlung formal durch die Verfassung geschützt, seit 2004 auch die Menschenrechte. Proteste und Streiks werden teilweise geduldet. Die Grundrechte sind jedoch nicht unmittelbar anwendbar, da der Verfassungstext nur einen

„Auftrag“ an den Gesetzgeber darstellt. Die Verfassungsinterpretation liegt in den Händen der legislativen Abteilungen, des ständigen Ausschusses des nationalen Volkskongresses. Die entsprechend ausgearbeiteten Gesetze orientieren sich nur an der Verfassung, einklagbar sind die Rechte also kaum. Es gibt auch kein „Verfassungsgericht“ und keine Gewaltenteilung. Presse- und Versammlungsfreiheit sind de facto nicht existent, Zensur und Kontrolle sind gerade in den letzten Jahren extrem verschärft worden.

Die neue Regierung unter Xi Jinping will nichtstaatliche Akteure in die Schranken weisen. Die Hu/Wen-Regierung (2003-2013) hatte sich durch vorsichtige Reformen im NGO-Sektor hervorgetan: Organisationen, die sich im Bereich soziale Wohlfahrt, Umweltschutz, Bildung, Sport, Kultur und Hygiene engagieren, durften sich direkt beim Ministerium für zivile Angelegenheiten registrieren, ohne dass eine staatliche Institution für sie bürgen muss. Viele hofften, dies sei der Anfang einer Liberalisierung.

Mit der neuen Regierung unter Xi Jinping geht China nun offen gegen eine angebliche Unterwanderung durch so genannte anti-chinesische Kräfte der westlichen Zivilgesellschaft vor. Zwei derzeit kursierende Gesetzesentwürfe sehen vor, dass das Ministerium für Öffentliche Sicherheit die Zuständigkeit für ausländische NGOs übernimmt und diese strenger kontrolliert werden. Damit stehen NGOs plötzlich auf einer Stufe mit terroristischen Vereinigungen.

Andererseits bemüht sich die Regierung, ein Rule-of-Law System aufzubauen. 1998 wurde die „Constitution of Liberty“ des Sozialphilosophen Hayek in China veröffentlicht, die Bibel der Liberalen zu Freiem Markt, Rule-of-Law und individuellen Freiheitsrechten. Ein Rechtssystem soll in China aber vor allem Eigentumsrechte schützen. Eine Zivilgesellschaft, die auf einer freien Presse und dem Schutz der individuellen Freiheitsrechte basiert, ist vorerst nicht gewollt. Willkürliche Übergriffe der Staatsmacht auf kritische Gruppen sind an der Tagesordnung, das zeigte zuletzt die kurzfristige Festnahme von über 200 Menschenrechtsanwälten im Frühsommer 2015.

Der Umweltbereich ist sicher der Bereich, in dem es am wenigsten Konflikte mit den Politikern gibt, da sie um Nachhaltigkeit und Grünes Wachstum bemüht sind. Chinas „grüne Zivilgesellschaft“ wächst beständig, zurzeit soll es einige Tausend eingetragene Umwelt-NGOs geben. Mit dem reformierten Umweltgesetz, das im Januar 2015 in Kraft trat, können Umweltschutzgruppen Unternehmen verklagen. Damit haben einige zivilgesellschaftliche Gruppen in China an Macht und Einfluss gewonnen. Andere, die sich zum Beispiel für Arbeitsrechte einsetzen, tun sich deutlich schwerer.

Das NGO-Wesen beginnt sich zu professionalisieren und zu internationalisieren. Klimaschutz sind sicher diejenigen, die auf dem internationalen Parkett ihren gut ausgebildeten europäischen und amerikanischen Kollegen auf Augenhöhe begegnen können. Aber auch Agrarökonomien, Wirtschaftswissenschaftler, Journalisten, Filmemacher, Sozialarbeiter und Anwälte werden in Zukunft in der Ausgestaltung chinesischer Nachhaltigkeitsszenarien eine immer wichtigere Rolle spielen. Eine erfolgreiche Fortsetzung dieser Entwicklung ist China nur zu wünschen. ||



Nora Sausmikat

leitet das China-Programm der Stiftung Asienhaus. Sie ist habilitierte Sinologin und auf politische Reform und Zivilgesellschaft spezialisiert.

Chinas Bergbauunternehmen auf Expansionskurs

Der Einfluss von Chinas Bergbauindustrie im Globalen Süden

Foto: picture alliance / AP Photo



Nicht willkommen: Anwohner der von Wanbao Mining betriebenen Letpadaung-Kupermine in Myanmar protestieren gegen einen Zaun, den Polizisten und chinesische Arbeiter auf ihrem Land errichtet haben. Konflikte zwischen chinesischen Bergbauunternehmen im Ausland und der lokalen Bevölkerung sind nicht selten.

| Bai Yunwen und Mark Grimsditch

China ist mittlerweile der weltweit führende Produzent einer Reihe von wichtigen Metallen und Mineralien. Chinesische Bergbauunternehmen werden in ihren Auslandsprojekten durch die „Going out“-Strategie der chinesischen Regierung unterstützt, die Unternehmen ermutigt, ihre Operationen im Ausland auszuweiten. Dadurch spielt China eine wichtige Rolle in der globalen Bergbauindustrie. Die chinesische NGO Greenovation Hub hat sich damit befasst.

Chinas Investitionen verfolgen in erster Linie das Ziel, strategische Bodenschätze zu sichern, die wichtig für weiteres Wachstum sind. Chinas inländische Kupferbergwerke zum Beispiel konnten im Jahr 2011 nicht einmal 30 Prozent der Nachfrage des Landes de-

cken, der Rest wurde aus Ländern wie Chile und Peru importiert. China ist zudem bestrebt, Zugang zu globalen Märkten und Lieferketten von Mineralien zu gewinnen. Das auch, weil das inländische Wirtschaftswachstum sich verlangsamt hat: Chinesische Unternehmen werden ermutigt, verstärkt in Übersee zu investieren und damit die heimische Überproduktion etwa von Stahl, Kohle und Zement abzubauen.

Die Auslandsinvestitionen chinesischer Unternehmen sind laut dem Handelsministerium (MOFCOM) seit 2004 in allen Bereichen gestiegen. Laut Statistiken dieses Ministeriums erreichten sie 2014 eine Rekordhöhe von 119,56 Milliarden US-Dollar – fast 45-mal soviel wie 2002. Bergbau gehört seit 2004 zu den vier führenden Bereichen der Überseeindustrie. Zu beachten ist allerdings, dass darunter auch die Investitionen in die Öl- und Gasindustrie fallen. Das MOFCOM-Bulletin für Auslandsinvestitionen 2012 enthält eine Liste der 100 chinesischen Unternehmen mit den größten Auslandsvermögen. Unter diesen Unternehmen tätigen mindestens 27

Auslandsinvestitionen in den Bereichen Bergbau und Metall, darunter Chinalco, Minmetals und Baosteel.

| **Vielfältige Anlagestrategien**

Historisch gesehen dominierten staatliche Unternehmen die Bergbauinvestitionen im Ausland, Privatunternehmen spielen aber eine zunehmend wichtigere Rolle. Investoren nutzen verschiedene Anlageformen, einschließlich Joint Ventures und 100-prozentige Tochterunternehmen (diese können sowohl staatlich als auch privat sein). Joint Ventures können andere chinesische Unternehmen, Unternehmen aus dem Gastland sowie internationale Unternehmen umfassen. In einer Partnerschaft, die sich vor einigen Jahren nur wenige vorstellen konnten, unterzeichnete zum Beispiel die staatliche Firma Chinalco 2014 ein 20 Milliarden US-Dollar umfassendes Investitionsabkommen mit dem britisch-australischen Bergbaureisen Rio Tinto, um das Simandou-Eisenerzprojekt im mineralreichen Guinea zu entwickeln. Das Projekt umfasst auch Investitionen der

International Finance Corporation (IFC), die Investitionen der Weltbank in der Privatwirtschaft tätig und eine 4,6-prozentige Beteiligung an dem Projekt hält.

Während es sich bei einigen Projekten um Greenfield-Investitionen – also die Neuerichtung von Produktionsstätten im Gastland – handelt, beinhalten andere den Erwerb von Anteilen von bestehenden oder im Aufbau befindlichen Projekten. Während zahlreiche internationale Unternehmen in der Finanzkrise harte Zeiten durchmachten, konnten eine Reihe von chinesischen Unternehmen die Situation nutzen und bedeutende Beteiligungen in etablierten Bergbau-Unternehmen erwerben.

Fusionen und Übernahmen sind für chinesische Unternehmen ein gebräuchliches Werkzeug geworden, um in Übersee-Bergbauprojekte zu investieren. Im Jahr 2013 hatten sie einen Anteil von fast 50 Prozent der gesamten Direktinvestitionen Chinas im Ausland, eingeschlossen die Übernahme der kanadischen Nexen durch die China National Offshore Oil Corporation für 14,8 Milliarden US-Dollar. Unternehmen können so Zugang zu fortschrittlicher Technologie, Vertriebsnetzen und bestehenden Märkten gewinnen, etablierte Markennamen erwerben und Zugriff auch auf andere strategische Ressourcen erlangen. Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Xinhua entfielen im Jahr 2012 die meisten ausländischen Übernahmen auf den Energie- und Bergbausektor.

| Die weltweiten Auswirkungen der Investitionen Chinas im Bergbau

Chinas inländische Bergbauindustrie war ein wichtiger Wachstumsmotor des Landes und hat zu der beispiellosen Entwicklung Chinas in den vergangenen drei Jahrzehnten beigetragen. Es gibt auch zahlreiche positive Ergebnisse der chinesischen Bergbauinvestitionen: Die großen Kapitalspritzen, die mit dem Bergbau verbunden sind, können lokale Industrien stärken und einen Beitrag zur Entwicklung von dringend benötigter Infrastruktur in Entwicklungsländern leisten. Bergbau kann lokale Beschäftigung fördern,

Die großen Kapitalspritzen, die mit dem Bergbau verbunden sind, können lokale Industrien stärken.

die Einkommen um Minengebiete herum steigen lassen sowie zur Entwicklung von nachgelagerten Industrien beitragen. Auf nationaler Ebene

kann die Bergbauindustrie zu einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und der Exporte beitragen.

Allerdings sind chinesische Unternehmen in einer Reihe von Fällen wegen niedriger Standards und nachlässiger Praktiken in die Kritik geraten. Zum Beispiel hat das chinesische Unternehmen Shougang in Peru einen schlechten Ruf. Es wurde unter anderem für mehrere Verstöße gegen Umweltvorschriften verantwortlich gemacht. Im Jahr 2013 hat die sambische Regierung die Collum Coal Mine und ihre chinesischen Besitzer wegen angeblicher Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltverstöße verklagt. Es gab auch Fälle von Konflikten zwischen chinesischen Bergbauunternehmen und der lokalen Bevölkerung.

Ein solcher Fall ereignete sich in der Wanbao-Kupfermine Letpadaung in Myanmar. Diese Mine hatte schon vor der Übernahme durch das chinesische Unternehmen Probleme, der Konflikt brach aber erst im Jahr 2012 aus, nachdem sich Anwohner beschwerten, dass mit der Expansion der Mine ihr Ackerland zerstört, Trinkwasser verunreinigt und die Menschen nicht angemessen kompensiert würden. Die Proteste wurden gewaltsam vom Militär unterdrückt und das Projekt wurde für eine Zeitlang ausgesetzt. Intransparenz und schlechte Kommunikation waren und sind auch ein Schwachpunkt von einigen chinesischen Investoren, etwa im Fall der China Railway Group (siehe Kasten).

Angesichts des Verhaltens chinesischer Unternehmen in Übersee haben chinesische Behörden Unternehmen dazu aufgefordert, bei Investitionen im Ausland höhere Standards anzuwenden und sicherzustellen, dass Vorteile und Profite auch der lokalen Bevölkerung zu Gute kommen. Im Jahr 2012 wurde zum Beispiel ein Beamter der MOFCOM-Abteilung für Auslandsinvestitionen und wirtschaftliche Zusammenarbeit in den staatlichen Medien mit den Worten zitiert: „Chinesische Unternehmen besitzen Kapital, Kapazität und Technologie, aber was ihnen fehlt, ist ihre kulturelle und soziale Verantwortung,

(...) Chinas ausgehende Direktinvestitionen können nicht weiter wachsen, wenn dieses Problem nicht gelöst wird.“

| Kein einheitliches Modell für Chinas Investitionen in Übersee

Obwohl eine Reihe von chinesischen Bergbauunternehmen in die Kritik geraten sind, ist es wichtig, daran zu erinnern, dass genau wie in jedem anderen Land chinesische Unternehmen aus unterschiedlichsten Unternehmenstraditionen kommen und sehr unterschiedliche Praktiken mitbringen. Auch der lokale Kontext in den Zielländern der Investitionen unterscheidet sich beträchtlich.

Ein einheitliches Modell für chinesische Bergbauinvestitionen im Ausland existiert daher nicht. Es gibt ein breites Spektrum von Unternehmen mit unterschiedlichen Standards, Erfahrungen und Reputationen. Die Auswirkungen der Investitionen sind sehr unterschiedlich. Doch die Aufmerksamkeit der Medien erlangen meist nur die negativen Fälle. Unproblematische Projekte wecken im Allgemeinen nicht das Interesse der Öffentlichkeit.

Es ist entscheidend, dass chinesische Bergbauunternehmen in Übersee nicht nur Kapi-

Studie von Greenovation Hub

Der Artikel ist ursprünglich erschienen in der Broschüre „Chinas Rohstoffhunger“, herausgegeben von der Stiftung Asienhaus 2015. Er basiert auf einer Studie über die chinesische Bergbauindustrie, die die chinesische Umwelt-NGO Greenovation Hub 2012/2013 durchgeführt hat. Ausgehend von Beispielen aus China, Peru, Laos und Kambodscha, wurden die Entwicklung der chinesischen nationalen und internationalen Bergbauindustrie, die Auswirkungen dieser Entwicklung und die Wirksamkeit der Umweltschutzaufgaben untersucht. Der Bericht „China's Mining Industry at Home and Overseas: Trends, Impacts and Regulation“ kann hier heruntergeladen werden:

www.ghub.org/cfc (Chinesisch)

www.ghub.org/cfc_en/mining2014 (Englisch)

Chinesische Unternehmen im Ausland – Fallbeispiele

Zijin Mining Group: Herausforderungen in China und Peru

Die Zijin Mining Group ist ein börsennotiertes Unternehmen und der größte Goldproduzent in China. Obwohl das Unternehmen sehr groß ist, gut mit Kapital ausgestattet ist und über maßgebenden Einfluss in China verfügt, wurden in den letzten Jahren eine ganze Reihe von schweren Verstößen bemängelt, vor allem Verschmutzungen im Umfeld der Mine Zijinshan. Das Unternehmen hat versucht, die Verstöße zu vertuschen – nicht nur hat es die Informationen darüber zurückgehalten, sondern es hat sogar versucht, lokale Journalisten zu bestechen. Auf internationaler Ebene hat Zijin Eigenkapital in der Rio Blanco-Mine in Peru von einem britischen Bergbauunternehmen im Jahr 2007 erworben, aber wegen des lang anhaltenden Widerstandes der lokalen Bevölkerung ist das Projekt ins Stocken geraten.

Obwohl Zijin den Widerstand vor Ort, der bereits ein Problem für die vorherigen Betreiber gewesen war, „geerbt“ hat, unterstreicht dieser Fall die Notwendigkeit einer durchsetzungsstarken Umwelt- und Sozialpolitik. Er zeigt aber auch, wie wichtig es ist, dass Unternehmen bei der Akquise neuer Projekte in Übersee ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen.

MMG Limited in Laos: Ein neuer Ansatz für Investitionen in Übersee

Der staatliche Bergbaugigant China Minmetals erwarb 2009 das australische Bergbauunternehmen OZ Minerals und dessen Sepon-Kupfermine. Geführt von der MMG, einer Tochtergesellschaft von China Minmetals, trägt Sepon zum Bruttoinlandsprodukt von Laos und den Ausfuhren des Landes erheblich bei. Auch sind die Einkommen im und um das Projektgebiet stark gestiegen. Die Umwelt- und Sozialstandards der Mine gelten als hoch, was oft eine Errungenschaft des Vorgängerunternehmens OZ Minerals ist.

Nach der Übernahme war MMG gehalten, diese Richtlinien und Systeme weiterzuführen und zu entwickeln. MMG

ist Mitglied des International Council on Mining and Metals (ICMM) und unterstützt die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI). Dass vorhandene Unternehmensstandards durch chinesische Investoren übernommen werden, anstatt sie zu ersetzen oder aufzugeben, könnte einen neuen Trend für Übersee-Investitionen im Bergbau darstellen.

Der Fall ist auch deswegen besonders bedeutsam, weil die MMG zusätzliche Projekte einwirbt oder bereits erworben hat, einschließlich der sechs Milliarden US-Dollar schweren Las Bambas-Kupfermine in Peru, und erklärt hat, dass die bestehenden Nachhaltigkeitsstandards in diesen Projekten angewendet werden.

China Railway Group in Kambodscha: Ein Großprojekt ohne Transparenz

Anfang 2013 berichteten die Medien über die Unterzeichnung eines 11,2 Milliarden-US-Dollar-Vertrages über ein Eisenerzbergwerk, eine Stahlverarbeitungsanlage sowie die Entwicklung einer Hafenstadt in Kambodscha. Das Projekt ist ein Joint Venture zwischen der staats-eigenen chinesischen China Railway Group und dem Privatunternehmen Cambodia Iron and Steel Mining Industry Group. Wenn das Projekt umgesetzt wird, wird es das erste große Bergwerk in Kambodscha und außerdem die größte Einzelinvestition in der Geschichte des Landes. Seine Transparenz jedoch ist extrem gering.

Die Entwickler hatten den Projektstart zunächst für Mitte Juli 2013 angekündigt, obwohl keine Umweltverträglichkeitsprüfung oder öffentliche Konsultationen durchgeführt worden waren. Die mangelnde Transparenz ist ein ernstes Problem, vor allem angesichts der Tatsache, dass in Kambodscha Korruption weit verbreitet und der Rechtsstaat schwach ist – beides große Hindernisse für ein nachhaltiges und verantwortliches Management von Landressourcen und Rohstoffinvestitionen. Bisher allerdings stockt das Projekt, es wurde nicht planmäßig realisiert. Warum genau und ob es tatsächlich umgesetzt wird – auch das ist intransparent und bleibt unklar.

tal investieren, sondern auch zur lokalen Entwicklung, zu gegenseitigem Nutzen und zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft beitragen.

| Handlungsempfehlung

Dazu bedarf es der Entwicklung von starken und verbindlichen Regelungen für Auslandsinvestitionen und die Übernahme bewährter Praktiken. Fortschritte wurden in den letzten Jahren bei der Entwicklung von strengeren Umweltauflagen für Auslandsinvestitionen gemacht. Die detailliertesten davon finden sich in den gemeinsamen Leitlinien von MOFCOM und dem Ministerium für Umweltschutz, den Leitlinien für Umweltschutz bei Auslandsinvestitionen und Zusammenarbeit, sowie den Green Credit-Leitlinien der China Banking Regulatory Commission. Eine neue Richtlinie über die soziale Verantwortung bei Übersee-Investitionen im Bergbau hat 2014 die chinesische Handelskammer für Mineralien, Metalle und Chemikalien für den Import- und Exportbereich erlassen.

Zwar wird die Qualität solcher Maßnahmen weiter entwickelt, aber sie kranken alle daran, dass die betroffenen Menschen sich nicht beschweren können, wenn sie nicht eingehalten werden. Es fehlt ein Beschwerde-mechanismus. Die wesentliche Herausforderung besteht also darin, dass die Umsetzung der Vorgaben durch die Investoren sichergestellt wird. ||



Bai Yunwen

ist Geschäftsführerin der chinesischen Umwelt-NGO Greenovation Hub und leitet die Forschung zu Finanzströmen, Klima und Energiepolitik.



Mark Grimsditch

ist als wissenschaftlicher Berater in Asien tätig und spezialisiert auf natürliche Ressourcen und Rechenschaftspflicht von Unternehmen.

Die Betroffenen wehren sich

Chinas Rohstoffindustrie sorgt für Proteste

Foto: Wu Haitao / Greenpeace



Kohlenmine an der Quelle des Gelben Flusses in China. Die Mine dehnt sich illegal bis in ein Naturschutzgebiet aus.

die Bevölkerung gegen geplante Ölchemie-Raffinerien. Auch die Angst vor Dioxin aus Müllverbrennungsanlagen bringt viele Menschen auf die Straßen. In Shishang (Provinz Sichuan) verhinderte die Bevölkerung den Bau einer Kupfer-Molybdän-Raffinerie.

Soziale Medien spielen eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung und Verbreitung von Informationen. Deswegen haben Proteste in Chinas Städten eine wesentlich größere Chance auf Erfolg als auf dem Land. Seit 2003 sind per Gesetz für jedes neue Projekt Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgesehen. In der Praxis wird jedoch gerade in Bergbauprojekten der Wille der Bevölkerung nur unzureichend berücksichtigt. Der Bevölkerung steht bei Umweltproblemen grundsätzlich der Weg offen, beim Staat Petitionen einzureichen. Doch wie das Beispiel der zehn Quadratkilometer großen Absetzanlage in Baotou zeigt, reagieren die Behörden selten auf Petitionen. In der innermongolischen Stadt Baotou bereitet das Staatsunternehmen Baogang Seltene Erden auf, die im 150 Kilometer entfernten Bayan Obo abgebaut werden. Die Anlage stellt eine große Verschmutzungs- und Gefahrenquelle für die Umgebung dar.

Verschmutztes Wasser sickert durch den Boden der Anlage in das Grundwasser. Auf den Feldern der Bewohner der umliegenden Dörfer Xinguang und Dalahai wächst nichts mehr, Nutztiere wie Schweine und Schafe sind krank. Die Menschen leiden unter Krankheiten wie Osteoporose, Zahnausfall und auch Krebs. Das verunreinigte Wasser kann nicht einmal mehr das Nutzvieh trinken. Das Baotouer Umweltbüro stellte 2002 nach umfangreichen Untersuchungen fest, dass dieser Ort für menschliches Leben nicht mehr geeignet sei. Unter anderem ermittelte es erhöhte Werte von Sulfat, Chlorid und Fluorid in den Dorfbrunnen sowie erhöhte Strahlungswerte in der Umgebung. Die Behörden und der Betreiber Baogang ergriffen jedoch trotz der Messergebnisse keine Maß-

| Jost Wübbeke

Proteste gegen die Auswirkungen des Bergbaus sind in China weit verbreitet, häufig jedoch lokal begrenzt und nur von kurzer Dauer. Sie reichen nicht, um die Politik zu überzeugen, eine umwelt- und sozialverträgliche Rohstoffindustrie zu schaffen. Die Zivilgesellschaft muss gestärkt werden.

Der Bergbau hinterlässt in China unübersehbare Spuren: abgetragene Berge, zerstörte Pflanzenvielfalt, verschmutzte Seen und Flüsse. Den Großteil seines Rohstoffbedarfs kann das Land selbst decken. Doch die Folgen des Rohstoffhungers für Umwelt, Menschen und sozialen Frieden sind enorm. Jedes Jahr steigt die Zahl der Umweltproteste. In den meisten Fällen bleiben sie auf einzelne Dörfer – oft in abgelegenen Berggegenden – beschränkt. Sie können mitunter aber auch ganze Regionen erfassen.

In der Inneren Mongolei protestierten 2011 tausende ethnische Mongolen gegen den Kohlebergbau. Die Massenproteste waren dadurch entfacht worden, dass ein mit Kohle beladener Lastwagen einen mongolischen Demonstranten überfahren hatte. Um die Situation zu beruhigen, verurteilte ein Gericht den Lastwagenfahrer nur einen Monat später zum Tode und seinen Beifahrer zu einer lebenslangen Haftstrafe. Die Provinzregierung legte die betroffene Mine vorübergehend still und sicherte zu, verstärkt die Umweltverschmutzung durch den Minenbetrieb zu beobachten und einzugrenzen.

| **Städtische Massenproteste zeigen Wirkung**

Auch die städtische Bevölkerung setzt sich zunehmend gegen die Rohstoffindustrie zur Wehr. Städte haben inzwischen ein feines Gespür für mögliche Umweltgefahren entwickelt. In mehreren Städten, darunter Maoming, Xiamen und Kunming, demonstrierte

nahmen. Daher wählten viele Dorfbewohner den passiven Protest und zogen fort.

Das Staatsunternehmen Baogang ist dabei, die verbliebenen Bewohner umzusiedeln. Doch das Vorhaben stockt. Der Kaufpreis für die neuen Wohnungen ist viel zu hoch für die Dorfbewohner. Die Entschädigung für ihre Ländereien nahe der Absetzanlage erachten sie hingegen als zu gering.

| Engagement gegen den Bergbau

Bislang beschäftigen sich erst wenige NGOs mit den Auswirkungen des Bergbaus, ganz zu schweigen von den Folgen des Kohlebergbaus. Hier seien einige der wenigen NGOs genannt, die sich allgemein mit Bergbau beschäftigen:

Das China-Büro von Greenpeace hat mehrere Studien zum Wasserverbrauch der Kohleindustrie in der Inneren Mongolei und zu den Auswirkungen von Kohlestaub vorgelegt. Greenovation Hub hat die Auswirkungen und Regulierung der chinesischen Bergbauindustrie systematisch untersucht. Andere namhafte NGOs wie Global Village Beijing und Friends of Nature befassen sich sporadisch mit Umweltvorfällen im Bergbau. Das Institute of Public and Environmental Affairs (IPE) stellt eine Datenbank über die landesweiten Ursachen und das Ausmaß von Wasserverschmutzung zur Verfügung. Laut einer Untersuchung des Umweltministeriums sind 60 Prozent der Grundwasservorkommen in China verseucht, ebenso wie die Hälfte der Süßwasser-Binnenseen. Bergbauunternehmen haben für den schlechten Zustand der Gewässer in China eine große Mitverantwortung.

Für diese Organisationen ist der Bergbau jedoch nur eines von vielen Themen. Es gibt kaum NGOs, die sich allein auf den Bergbau konzentrieren. Generell engagieren sich außerhalb der großen Wirtschaftszentren weniger zivilgesellschaftliche Gruppierungen. Ein Beispiel für eine NGO, die sich auf den Bergbau spezialisiert, ist „Kupferblume“ in der Bergbaustadt Daye (Provinz Hubei). Dort gelangen viele Schadstoffe durch den Abbau und die Verarbeitung von Eisen und Kupfer in den nahegelegenen Daye-See. „Kupferblume“ bemüht sich darum, auf die Verschmutzung der lokalen Gewässer aufmerksam zu ma-

Chinas Rohstoffe und die deutsche Industrie

Mit der Veröffentlichung einer Liste zu „kritischen Rohstoffen“ im Jahr 2008 und – überarbeitet – im Jahr 2014 zeigte sich, welche große Rolle China als Rohstofflieferant für die europäische Industrie einnimmt. Kritisch sind diese Rohstoffe, weil sie eine hohe Bedeutung in der Wertschöpfung der europäischen Industrie haben und in Staaten mit schwacher politischer und/oder wirtschaftlicher Stabilität – im Sinne von frei zugänglichen Märkten – konzentriert sind. Ein Großteil der als kritisch eingestuften Rohstoffe wird in der Volkspublik gewonnen: Antimon, Kokskohle, Fluorit, Gallium, Germanium, Graphit, Indium, Magnesit, Magnesium, Phosphate, Seltene Erden, Silizium, Wolfram.

Für die deutsche Wirtschaft sind jedoch nicht nur die Rohstoffe aus China interessant. Die deutsche Industrie trägt zu den umweltschädlichen Auswirkungen des Bergbaus in China nicht nur als Abnehmer für die Rohstoffe, sondern auch als technischer Unterstützer bei. Im Jahr 2013 exportierten deutsche Unternehmen Bergbautechnik im Wert von knapp zwei Milliarden Euro nach Asien. Das entsprach einem Marktanteil von 20 Prozent bei Importen nach China. Dabei profitieren sie von Investitionen der VR China, die 2013 um fast elf Prozent auf 184 Milliarden Euro gestiegen sind.

Zum Teil werden alte Anlagen in Deutschland abgebaut und an China verkauft, wie im Jahr 2011 die komplette Aufbereitungsanlage, die sogenannte Kohlenwäsche, des Bergwerks Ost in Hamm. Ein anderes Beispiel ist die Wirtgen GmbH, die mit dem paradoxen Slogan „umweltfreundlicher Kohleabbau in China“ ihre Bagger und schweren Geräte bewirbt. Eingesetzt werden diese nach Angaben des Unternehmens zum Beispiel in der Provinz „Innere Mongolei“, die zu den größten Kohlefördergebieten Chinas gehört. **Michael Reckordt**

chen und in der Bevölkerung ein Bewusstsein für die Folgen des Bergbaus zu schaffen.

Viele der kleinen NGOs sind jedoch unterfinanziert und stützen sich nur auf ehrenamtliche Helfer. Sie verfügen häufig nicht über

die wissenschaftlichen Kenntnisse und die technische Ausrüstung, um Verschmutzung durch den Bergbau in ausreichendem Maße zu bewerten. Der Großteil des gesellschaftlichen Protests ist nur schwach organisiert. Viele Protestbewegungen entstehen spontan, um gegen ein konkretes Problem vorzugehen. Eine überregionale Vernetzung findet dabei selten statt.

| Neues Umweltgesetz als Chance

Neue Räume für die Zivilgesellschaft könnte allerdings das revidierte Umweltgesetz eröffnen, verabschiedet vom Nationalen Volkskongress im Mai 2014. Erstmals ist es nun einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen möglich, gegen Umweltverschmutzung vor Gericht zu ziehen. Zwar hatten NGOs zuvor schon vereinzelt bei den neuen Umweltgerichtshöfen geklagt, dies jedoch ohne gesetzliche Grundlage und mit geringer Aussicht auf Erfolg. Das Gesetz ermöglicht es NGOs, gegen Umweltschäden als Folge des Bergbaus vorzugehen. Seit Januar 2015 ist es in Kraft.

Bislang haben allerdings nur wenige NGOs von dem Klagerecht Gebrauch gemacht, darunter die an das Umweltministerium angebundene All-China Environment Federation sowie Friends of Nature. Vielen NGOs fehlen die rechtliche Expertise und die finanziellen Mittel, um vor Gericht zu ziehen. Die bisher angestrebten Verfahren sind jedoch aussichtsreich. Außerdem statet das revidierte Umweltgesetz die Umweltbehörden mit einem starken Instrument aus: Sie können gegen die Verursacher von Umweltverschmutzung unbegrenzt und auf täglicher Basis Strafgebühren erheben. Bislang waren die Höchstbeträge für diese Strafen vergleichsweise gering. Seit Inkrafttreten des Gesetzes sind die Strafbeträge landesweit deutlich angestiegen. In der Hauptstadt Beijing beispielsweise haben sich die erhobenen Strafgebühren bis September 2015 verdoppelt. ||



Jost Wübbeke
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Innovation, Umwelt und Wirtschaft am Mercator Institute for China Studies.



Die chinesische Zentralbank in Peking.

Banken-Monitoring

Ein wachsames Auge auf chinesische Investoren

| Anja Ruf und Nora Sausmikát

Das Monitoring chinesischer Kapitalanlagen steht noch am Anfang. Um es zu ermöglichen, müssen zivilgesellschaftliche Organisationen in China, in Europa, in Ländern des Südens und anderen Teilen der Welt zusammenarbeiten. Einen Grundstein dafür hat ein EU-China-Austauschprogramm für nichtstaatliche Organisationen gelegt.

Chinesische Banken sind zu Investoren in aller Welt geworden. Das Geld, das sie anlegen, hat Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft – nicht zuletzt in Entwicklungsländern, aber auch in Europa. Daher ist es wichtig, ihre Tätigkeit systematisch zu beobachten, zu erfassen und, wenn möglich, steuernd einzugreifen. „Monitoring“ heißt das in der internationalen Fachsprache.

In den Jahren 2013 und 2014 war das Monitoring chinesischer Banken ein zentrales Thema des EU-China-NGO-Twinning-Programms (siehe Kasten S. 13). Dabei ging es sowohl um die Investitionen dieser Banken in Entwicklungsländern als auch in Europa.

Die niederländische Organisation Both ENDS möchte erreichen, dass die natürlichen Ressourcen eines Landes den indigenen Menschen zugute kommen. Sie beobachtet daher schon lange die internationalen Kapitalströme, die die Nutzung von Wasser, Land und Bodenschätzen beeinflussen, sowie internationale Banken – zum Beispiel die Weltbank und die European Investment Bank (EIB). In den vergangenen Jahren hat sie auch chinesische Finanzinstitute in den Blick genommen. Dazu trägt die Zusammenarbeit mit der chinesischen Partnerorganisation Green Watershed im Rahmen des NGO-Twinning-Programms wesentlich bei. Diese Organisation – eine der ältesten NGOs in der Provinz Yun-

nan, deren Lebensader der Mekong-Fluss ist – engagiert sich nicht nur in Fragen der Wasserwirtschaft. Sie hat auch ein wachsames Auge auf die Banken in ihrem Land: Sie überprüft, ob sie sich an die Vorschriften der Green Credit Directives halten.

2007 formulierten die chinesische Umweltbehörde (SEPA), die chinesische Zentralbank (People's Bank of China) und die China Banking Regulatory Commission (CBRC) die „Green Credit Policy“ der chinesischen Regierung. Banken sollen bei der Kreditvergabe Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien einhalten. Seitdem wurden verschiedene Empfehlungen für die Umsetzung dieser Politik veröffentlicht, so die „Green Credit Guidelines“ oder „Directives“ der CBRC 2012. Die Einhaltung der Direktiven basiert auf einer freiwilligen Selbstverpflichtung und ist daher nicht obligatorisch. Es werden nur systematische Verfahren etabliert, die dafür sorgen sollen, dass Geld bevorzugt in grüne Investitionsprojekte fließt. Höhere Regierungsbeamte

Foto: Stiftung Asienhaus



Foto: CEE Bankwatch Network



haben angekündigt, dass die Richtlinien in naher Zukunft bindend werden sollen. Bisher werden Verletzungen der Richtlinien jedoch höchstens mit Ermahnungen geahndet.

Selbstverpflichtungen von Banken unterscheiden sich stark von der Regulierung durch Regierungen und resultieren auch nicht aus öffentlicher Entscheidungsfindung, sondern sind motiviert von der Vermeidung von Wiedergutmachungsforderungen. In undemokratischen Ländern ist es für Bürger und zivilgesellschaftliche Organisationen schwierig, Einfluss auf das Investitionsverhalten von Banken zu nehmen. Sie können – so Both ENDS – nicht mehr tun, als die Regelkonformität zu überwachen und sich für ein verbessertes Verhalten stark zu machen.

| Investitionen in Entwicklungsländern

Both ENDS hat sich chinesischen Banken zugewandt, weil seine Partner in Entwicklungsländern darum gebeten haben: Sie wollten in Kontakt mit Organisationen in China kommen, um herauszufinden, ob es bei chinesischen Finanzinstituten Beschwerdeverfahren gibt. Wenn die Weltbank sich nicht an ihre eigenen Regeln hält, kann man ein solches Verfahren in Gang bringen. Doch wo legt man Beschwerde ein, wenn Investitionen von chinesischen Banken unterstützt werden, die sich nicht an Sozial- und Umweltstandards halten?

Es ist nicht so, dass chinesische Banken überhaupt nicht an Bestimmungen im Sozial- und Umweltbereich gebunden wären: Nicht nur die chinesische Green Credit Policy reglementiert chinesische Investoren, sie müssen auch internationalen Standards Genüge tun. Die Frage ist nur, ob die Regeln tatsächlich zur Anwendung kommen.

Entwicklungsländer können leichter einen Kredit von einer chinesischen Bank erhalten als von der Weltbank, weil erstere die Gewähr

ung weniger streng von der Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards abhängig macht. Die Weltbank überdenkt ihre Bestimmungen für die Kreditvergabe gerade und will diese wegen der Konkurrenz, die die chinesischen Banken darstellen, lockern. Für Both ENDS und seine Partner ist es wichtig, dies zu verhindern. Strenge Weltbank-Standards sollen chinesische Banken ermutigen, sich daran zu orientieren. Both ENDS bezieht daher in seine Diskussionen mit der Weltbank auch chinesische Organisationen ein, wie zum Beispiel Green Watershed.

Diese NGO publiziert einen jährlichen Bericht, in dem das sozialverantwortliche Handeln chinesischer Banken gemessen und bewertet wird. Der Report überprüft auch, ob Daten öffentlich verfügbar sind, welche Organisationsstruktur die Bank hat, ob sie Experten für Umweltfragen anstellt. Und er untersucht die Investment-Portfolios auf grüne Investitionen und deren Umfang.

Für Green Watershed ist es nicht leicht, all die Informationen aufzutreiben, die für die Studien benötigt werden. Pieter Jansen von Both ENDS, der im Rahmen des NGO-Twinning-Programms einige Wochen bei Green Watershed tätig war, hat die Partnerorganisation dabei unterstützt und zur Übersetzung eines Berichtes beigetragen, der einen Überblick über die vergangenen fünf Jahre der Green Credit Policy und der Compliance chinesischer Banken gibt (Green Credit Footprint of Chinese Banks 2008-2012).

Dabei war es nicht möglich, Informationen von den drei großen „policy banks“ zu erhalten, den politikorientierten Staatsbanken: der China Development Bank, der Export-Import Bank of China und der Agricultural Development Bank of China. Sie vergeben Kredite für Unternehmen, die in Wirtschafts-

förderprojekte und internationalen Handel investieren. Informationen über sie werden laut Both ENDS als „politisch sensibel“ eingestuft. Leichter ist es, Informationen von kommerziellen Banken zu bekommen, die entweder von der Zentralregierung oder von lokalen Behörden kontrolliert werden.

Im Jahr 2014 hat die chinesische Regierung ein Pilotprojekt zur Öffnung des Bankensektors lanciert: Private Kreditinstitute sollen zugelassen werden, unter der Supervision der China Banking Regulatory Commission (CBRC). Anders als in Europa, wo die Privatbanken wenig transparent sind, ist es in China nicht möglich, die Staatsbanken zu überwachen. Zivilgesellschaftliche Organisationen hoffen nun, dass die Deregulierung des Bankensektors ihnen mehr Raum für das Monitoring chinesischer Banken geben wird. Bis heute ist allerdings keine der angekündigten fünf Privatbanken offiziell gegründet worden und aktiv geworden, obwohl manche ihren Namen haben registrieren lassen.

| Investitionen in Europa

Das Monitoring muss auch am Ort der Investition erfolgen, und dieser Ort liegt nicht selten in Europa. Thema des NGO-Twinning-Austauschs war also auch das Monitoring der Auswirkungen, die Investitionen chinesischer Banken auf Umwelt und Gesellschaft in Europa haben. Yu Chen von Green Watershed befasste sich 2013 während ihres Aufenthalts in den Niederlanden mit der chinesischen Investitionstätigkeit in Europa. Dafür traf sie sich im Kosovo mit dem Netzwerk EUROIFI Watchnet (European International Financial Institutions Watchers) und hielt als erste Vertreterin einer chinesischen NGO einen Vortrag beim Jahrestreffen der Weltbank in Washington. 2014 dann wurden CEE Bankwatch und das Global Environment Institute miteinander in Verbindung gebracht.

Links: Chris Dunn und Wawa Wang präsentieren Ergebnisse zum Bankenmonitoring auf einem Workshop der Stiftung Asienhaus in Peking 2014. Rechts: Von China finanziertes Kohleprojekt in Kostolac, Serbien.

CEE Bankwatch Network ist der größte europäische Dachverband für nichtstaatliche Organisationen aus Mittel- und Osteuropa mit dem Themenschwerpunkt internationale Finanzpolitik im Bereich Energie, Verkehr und EU-Erweiterung. Sie überwacht die Aktivitäten internationaler Finanzinstitutionen, die in der Region operieren, und schlägt ihnen konstruktive Alternativen zu ihren Politiken und Projekten vor.

Das Global Environmental Institute (GEI) ist eine chinesische NGO, die marktorientierte Modelle zur Lösung von Umweltproblemen entwirft und sich für eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige Entwicklung einsetzt.

Wawa Wang von CEE Bankwatch reiste nach China, in das Büro des Global Environmental Institute. Chris Dunn, der das GEI vertritt, verbrachte dagegen einen Monat bei CEE Bankwatch und dessen Partnerorganisationen in Prag und Brüssel.

| Kohleprojekte im Westbalkan

Im Mittelpunkt von Wawa Wangs Peking-Aufenthalt stand der Aufbau einer Kooperation zwischen CEE Bankwatch und China-basierten internationalen und chinesischen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Auch sollte ein effektiver Informationsaustausch über chinesische Investitionen in Kohle-Projekte in Europa gewährleistet werden. In den vergangenen Jahren haben viele EU-Unternehmen und multilaterale Banken das Interesse an einer Unterstützung neuer Kohlekraftwerke verloren. Andere, weniger bekannte Banken und Exportkreditagenturen nehmen ihre Stelle ein. Sie stammen zum Beispiel aus China, Japan oder der tschechischen Republik und spielen eine prominente Rolle bei Kohleprojekten, die im Westbalkan geplant sind.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit denen Wawa Wang Kontakte knüpfte, waren nach bestimmten Kriterien ausgewählt: Zu ihrer Advocacy-Arbeit gehört die Bewertung von chinesischen Auslandsanlagen im Energiesektor und von deren Folgen für Umwelt und Gesellschaft. Die Begegnungen ergaben, dass die Gruppen frustriert sind über die Tatsache, dass Unternehmen, die sich nicht an die Nachhaltigkeitsempfehlungen halten, nicht belangt werden und die Regie-

Das NGO-Twinning-Programm und die Banken

Das von der Asienhaus-Stiftung organisierte und von der Robert-Bosch-Stiftung unterstützte Programm ermöglicht Mitarbeitern europäischer und chinesischer NGOs einen Austausch. Die Teilnehmer verbringen bis zu zwei Monate im anderen Land. Dort nehmen sie an Workshops und Besichtigungen teil und arbeiten bei der Partnerorganisation.

Im Herbst 2013 hospitierte ein Mitarbeiter der niederländischen NGO Both ENDS bei der chinesischen Partnerorganisation Green Watershed. Schwerpunktthema des Austauschs waren die Umwelt- und Sozialstandards (Safeguards) chinesischer Banken. Während des Gegenbesuchs der chinesischen NGO bei Both ENDS in Amsterdam befasste sich die Green Watershed-Mitarbeiterin mit chinesischen Investitionstätigkeiten in Europa. Ein Jahr später fand ein Austausch zwischen Central Eastern Europe (CEE) Bankwatch und dem Global Environmental Institute (GEI) statt, das seinen Sitz in Peking hat. Auch bei dieser Kooperation ging es um die Safeguard-Politik chinesischer Banken und deren Auswirkungen in den Zielregionen ihrer Investitionen.

rung nicht einschreitet bzw. hinter den Investitionen steht. Beides erhöht die Schwierigkeit, die entsprechenden Unternehmen und Institutionen zu identifizieren und macht es für die Öffentlichkeit und zivilgesellschaftliche Gruppen sehr schwer, in einen konstruktiven Dialog einzutreten.

Wawa Wang traf sich außerdem mit Experten aus der Industrie, aus Finanzinstitutionen und mit Regierungsvertretern. Sie gewann daraus Erkenntnisse, was als ausreichende Umsetzung der Green Credit-Direktive angesehen wird und was nicht. Deutlich wurde, dass die guten Absichten, die mit den diversen Richtlinien für die Finanzierung von Auslandsanlagen verbunden sind, und die Realität auseinanderklaffen.

Chris Dunns Interesse richtete sich auf die Auswirkungen, die Investitionen chinesischer Banken in Europa haben. Bisher hatten er und das Global Environmental Institute in Peking den Blick vor allem auf chinesische Investitionen in Südostasien gerichtet. Er befasste sich außerdem damit, welche Metho-

den europäische Finanzinstitutionen nutzen, um bei den Entscheidungen, die sie treffen, Umweltrisiken abzuschätzen. Außerdem erfuhr er viel über die Investitionsprojekte, gegen die sich die Kampagnen von CEE Bankwatch richten – insbesondere über Kohlekraftwerke in Balkanländern – und darüber, wie europäische NGOs wie CEE Bankwatch vorgehen, um ihre Ziele zu erreichen. Durch Gespräche mit einem Vertreter des Counterbalance Network in Brüssel gewann er Einblicke, wie zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa Einfluss auf die European Investment Bank EIB nehmen.

Sein Resümee: „In China laufen die Dinge anders und es ist dort nicht das Gleiche möglich wie in Europa. Aber dennoch ist es nützlich, Vergleiche mit der Situation in Europa anzustellen.“

Twinning-Broschüre und Bericht im Netz: www.eu-china-twinning.org/2013-twinning-reports/
Twinningbericht: www.eu-china-twinning.org/wp-content/uploads/2015/01/2014_CEE-Bankwatch_GEI_Twinning-Report.pdf

New toolkit for citizens and NGOs to check coal financing by Chinese banks: Kings of Coal (CEE Bankwatch 2014) (2015): www.eu-china.net/materialien/new-toolkit-for-citizens-and-ngos-to-check-coal-financing-by-chinese-banks-kings-of-coal-cee-bankwatch-2014

BankTrack Recherche zur Finanzierung von Kohlebergbau (2014): www.eu-china.net/materialien/chinesische-banken-gehoren-nun-zu-den-top-kohleinvestoren-neue-banktrack-recherche-zur-finanzierung-von-kohlebergbau/



Anja Ruf

ist freie Journalistin in Frankfurt/Main und betreut für welt-sichten die Dossiers.



Nora Sausmikot

leitet das China-Programm der Stiftung Asienhaus. Sie ist habilitierte Sinologin und auf politische Reform und Zivilgesellschaft spezialisiert.

Der Streik bei Yue Yuen

Arbeitskampf in Chinas globalisierter Sportschuh-Produktion

| Xu Hui

In China gibt es kein Streikrecht, aber auch kein ausdrückliches Streikverbot. Allerdings dürfen die Gewerkschaften in China, als Massenorganisation der Kommunistischen Partei unterstellt, nicht zu Streiks aufzurufen. Also entstehen sie spontan. Selten haben sie solche Ausmaße angenommen wie beim Schuhhersteller Yue Yuen im April 2014.

Die Pou Cheng Group, 1969 in Taiwan gegründet, ist der Mutterkonzern der Yue Yuen Industrial (Holdings) Limited mit Produktionsstätten in China, Indonesien und Vietnam. Schätzungen zufolge entfallen 20 Prozent der weltweiten Produktion von Sport- und Freizeitschuhen auf Yue Yuen. 60 Prozent der Produktion des Unternehmens gehen an Nike, Reebok und Adidas. Yue Yuen dominiert mit seinen sechs Fabrikanlagen, Bürogebäuden, Wohnheimen, Geschäften und Sozialeinrichtungen den Industriepark Gaobu in Dongguan, im südchinesischen Perlfuß-Delta keine 90 km von Hong Kong entfernt. In den Hochzeiten 2006 arbeiteten dort an die 100.000 Menschen. In den darauffolgenden acht Jahren schrumpfte die Zahl auf knapp die Hälfte.

Laut chinesischen NGOs und Aktivisten werden in Yue Yuen-Fabriken die Arbeitsrechte nicht eingehalten. Berichtet wird vom rauen Umgang mit den Beschäftigten, sexueller Belästigung, Zwangsüberstunden, niedrigen Löhnen, ungenügenden Sicherheitsstandards, ungerechten Arbeitsverträgen, einer Beschränkung der Toilettengänge, von Einschüchterung sowie der Unterdrückung von Protesten der Beschäftigten.

| Der Kampf um die Sozialversicherung

Bereits mehrfach war es in Fabriken des Unternehmens zu kleineren Streiks gekommen. Am 5. April 2014 versammelten sich rund 2000 Arbeiterinnen und Arbeiter in einem Park in der Nähe der Yue Yuen-Fabriken. Eini-

Fotos: Lennon Ying Dah-Wong (CC BY-NC-ND 2.0)



ge Beschäftigte hatten zu Beginn ihres Ruhestandes festgestellt, dass sie viel weniger Rente erhielten, als ihnen gesetzlich zustand. Das Unternehmen hatte sie bei der Sozialversicherung fälschlicherweise als befristete Beschäftigte angemeldet. Die Versicherungsbeiträge sind bei befristeter Beschäftigung niedriger als bei unbefristeter und das wirkt sich auf die Höhe der Rente aus.

Vom Unternehmen erhielten die Arbeiterinnen und Arbeiter zu ihren Vorwürfen keine Antworten. Stattdessen kam die Polizei. Festnahmen provozierten einen Protestmarsch, an dem etwa 6000 Menschen teilnahmen. Als Reaktion darauf erklärte das Unternehmen, es werde seine Beitragszahlungen an die Sozialversicherung ändern und höhere Versicherungsbeiträge zahlen – allerdings orientiert an einem Niveau unterhalb der an die Arbeiterinnen und Arbeiter ausbezahlten Löhne. Den unterschlagenen Teil der Versicherungsbeiträge in den vorangegangenen Jahren wollte es nicht nachzahlen. Die Empörung der Beschäftigten äußerte sich in einem Streik, an dem sich über 40.000 Menschen beteiligten, und in Demonstrationen. Dutzende Beschäftigte wurden verhaftet, einige verletzt. Der Streik dauerte in den folgenden Tagen an, und die Fabriken in Gaobu standen still.

Am 17. April 2014 forderten Beschäftigte, Arbeiterorganisationen und Wissenschaftler den Gewerkschaftsverband von Guangdong auf, in den Konflikt einzugreifen. Die Gewerk-

schaft antwortete, sie sei entschlossen, für die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter zu kämpfen. Daraufhin wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die in dem Konflikt vermitteln sollte. Sie bestand unter anderem aus Vertretern der Gewerkschaft sowie der Firmenleitung von Yue Yuen.

Dennoch eskalierte die Situation schließlich. Das Unternehmen erklärte, es werde den Fehlbetrag seines Arbeitgeberanteils an der Versicherungsprämie nachzahlen, und dasselbe sollten die Arbeiterinnen und Arbeiter mit dem im Sozialversicherungsgesetz vorgesehenen Arbeitnehmeranteil tun. Zusätzlich werde Yue Yuen ab Mai 2014 monatlich einen Bonus für Lebenshaltungskosten zahlen. Mit diesem Vorschlag waren die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht einverstanden, vor allem weil sie rückwirkend den Arbeitnehmeranteil an der Versicherungsprämie zahlen sollten. Auch wurde den Beschäftigten verboten, die Fabriken zu verlassen. Sie wurden aufgefordert, bis zur Veröffentlichung einer Erklärung der Mediatorengruppe zu arbeiten. Die Belegschaft weigerte sich, die Polizei versuchte mit Gewalt, eine Arbeitswiederaufnahme zu erzwingen. Das örtliche Polizeibüro von Dongguan kündigte an, Widerstand gegen die Wiederaufnahme der Produktion sei strafbar und werde hart bestraft. Die Chatgruppen im Internet, die die Beschäftigten zur Diskussion

Solidarität mit den streikenden Yue-Yuen-Arbeitern: ein Protestmarsch in Taiwan. Die Demonstrationsroute führte durch Läden von Puma, Reebok und Hush Puppies bis zum Flagship-Store von Adidas.



und Kommunikation nutzten, wurden „aus Sicherheitsgründen“ geschlossen.

| Lokale Arbeitsrechts-Organisationen unterstützen den Streik

Zu Beginn des Streiks bei Yue Yuen versuchte eine lokale NGO, das Spring Wind Labour Disputes Consultation Service Centre in Shenzhen, sich für die Beschäftigten einzusetzen. Die Polizei verdächtigte Aktivisten dieser NGO, den Streik zu organisieren, verhörte sie einige Stunden lang und forderte sie schließlich auf, Dongguan zu verlassen und sich aus dem Streik herauszuhalten.

Die Aktivisten hielten mit den Beschäftigten per Telefon und sozialen Medien Kontakt. Sie sammelten ihre Forderungen und halfen ihnen, Strategien zu entwickeln. Daneben organisierten sie eine Unterstützungsgruppe mit Experten für Arbeitsrecht und Tarifverhandlungen, Arbeitsanwälten und Vertretern anderer NGOs, die zu Arbeitsrecht arbeiten. Diese erklärten sich bereit, Rechtsbeistand zu leisten und die kommenden Kollektivverhandlungen zu begleiten. Die Polizei versuchte, die Verbindungen zwischen den Beschäftigten und den Unterstützungsgruppen von außen zu kappen.

Studentinnen und Studenten der Sun Yat-sen-Universität gründeten ebenfalls eine Gruppe zur Unterstützung des Streiks bei Yue Yuen. Sie forderten die Lokalregierung auf,

die Verhafteten freizulassen, sich bei denen zu entschuldigen, die von Polizisten geschlagen worden waren, und sich zum Verzicht auf Gewalt und Repression zu bekennen. Außerdem versuchten die Studierenden, ein öffentliches Bewusstsein für den Arbeitskampf zu erzeugen. Sie veranstalteten Protestaktionen vor Flagship-Stores von Adidas, New Balance und Nike.

| Unterstützung aus dem In- und Ausland

Im Verlauf des Streiks schrieben 15 NGOs aus Peking und den Provinzen, Zhejiang, Sichuan sowie Guangdong einen offenen Brief, in dem sie den Yue Yuen-Beschäftigten ihre Unterstützung ausdrückten. Sie begrüßten die Tatsache, dass über 40.000 Beschäftigte aufstanden, um für ihre Sozialversicherung zu kämpfen. Sie forderten das Unternehmen auf, die Verantwortung für seine Versäumnisse zu übernehmen und die fehlenden Beiträge sowie den Anteil bei Entschädigungszahlungen nachzuzahlen. Darüber hinaus betonten sie, dass die Abnehmer von Yue Yuen – über 60 transnational operierende Unternehmen – den größten Profit einstreichen. In ihrer sozialen Verantwortung liege es, den Arbeitnehmeranteil der noch ausstehenden Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen.

Die Hongkonger NGO Globalisation Monitor schickte einen offenen Brief an Adidas und Yue Yuen. Sechs weitere Hongkonger Labour-Organisationen sowie die Hongkong Confederation of Trade Unions (HKCTU)

schlossen sich an und unterzeichneten. Adidas und Yue Yuen wurden in dem Schreiben für die Verletzung der Arbeitsrechte und die Ausbeutung der Beschäftigten verantwortlich gemacht. Gruppen aus sozialen Bewegungen und der Arbeiterbewegung in Taiwan veranstalteten eine Demonstration unter der Überschrift „Ausbeuterkonzerne blockieren – Sweatshop-Marken ein Ende machen!“. Der Streckenverlauf der Demonstration führte die Protestierenden durch Läden von Puma, Reebok und Hush Puppies bis zum Flagship-Store von Adidas. Und auch Gewerkschaften und Labour-NGOs aus Melbourne, San Francisco, Chicago, New York und Istanbul haben Proteste gegen Adidas organisiert, um die Yue Yuen-Beschäftigten zu unterstützen.

In Deutschland wurde der offene Brief aus Hongkong an Adidas und andere internationale Sportartikelhersteller übersetzt und an die Geschäftsleitung und den Betriebsrat von Adidas sowie an die zuständige Gewerkschaft IGBCE geschickt. Auch auf einigen 1. Mai-Kundengebungen in Deutschland wurde über den Streik bei Yue Yuen berichtet. Es ist nicht bekannt, ob und wie sich der Betriebsrat oder die zuständige Gewerkschaft IGBCE dazu verhalten haben. Am 25. April 2014 kritisierte laut Frankfurter Rundschau/Berliner Zeitung der damalige DGB-Vorsitzende, Michael Sommer, das Verhalten von Adidas. Bereits am 28. April 2014 äußerte der „Global Director of Social and Environmental Affairs“ von Adidas, Frank Henke, Verständnis für das Problem, ging aber mit keinem Wort auf die Forderung ein, auch finanzielle Verpflichtungen für die Nachzahlung der Sozialversicherungsbeiträge der Beschäftigten zu übernehmen.

Diese Nachzahlungen müssen die Beschäftigten nun selbst tragen, was viele nicht können. So endete einer der größten Arbeitskämpfe bei einem Privatunternehmen in China nur mit einem Teilerfolg. ||

Übersetzung aus dem Englischen
von Anne Scheidhauer.

Xu Hui

hat als Student in Guangzhou den Streik seinerzeit mitverfolgt. Er absolvierte im September 2015 einen einjährigen MA Kurs an der Global Labour University in Kassel/Berlin.

„Meine Vorstellung von nachhaltiger Landwirtschaft hat sich verändert“

Ein chinesischer Agraraktivist über Landwirtschaft in Deutschland und in China

Foto: Yang Hongyan



| Yifan Jiang

Auf Einladung der Stiftung Asienhaus nahmen Yifan Jiang und Tianle Chang im Oktober 2014 an einer zehntägigen Studienreise durch Deutschland teil. Sie wurde finanziell von dem bischöflichen Hilfswerk Misereor unterstützt. Im Mittelpunkt stand der Austausch mit der Kampagne „meine.landwirtschaft.de“, einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, das sich für eine Agrarwende hin zu einer bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion einsetzt.

In China engagieren Tianle Chang und ich uns für eine nachhaltige Landwirtschaft und das Prinzip der Solidarischen Landwirtschaft (Community Supported Agriculture, CSA). Wir organisieren Wochenmärkte in Peking und Shanghai. Während unseres Deutschlandaufenthalts besuchten wir Anfang Oktober 2014 den „Wir haben es satt!“-Kongress in Berlin. Wir bereisten auch viele andere Städte und sprachen mit Landwirten, Verbrauchern, Aktivisten und Fachleuten. Dabei lernten wir insbesondere die Arbeit und die Prinzipien der Initiative „Wir haben es satt!“ kennen.

Diese Studienreise hat mich tief beeindruckt. Wir Chinesen schätzen Deutschland als Vorbild auf dem Gebiet der Industrialisierung und der Modernisierung, dem wir als Nachzügler nacheifern. So wichtig ist uns die Modernisierung, dass sie oft zum Selbstzweck wird. Auch im Bereich der Landwirtschaft ist das die vorherrschende Einstellung. Doch in

Deutschland sahen wir, dass Menschen aus unterschiedlichen Schichten die Agrarindustrie bekämpfen. Das war mir neu. Ich wusste zwar über den weltweiten Widerstand gegen die Globalisierung und den Neoliberalismus Bescheid, doch nun konnte ich beobachten, dass auch in Deutschland ein breites Bündnis gegen die verschiedenen Ausprägungen der industrialisierten Landwirtschaft entsteht.

Dieser Zusammenschluss hat sich als recht erfolgreich erwiesen, denn nun setzen sich verschiedene Gruppierungen mit unterschiedlichen Interessen geschlossen für eine nachhaltige Landwirtschaft ein. Damit meinen sie im Wesentlichen den biologischen Anbau in bäuerlichen Betrieben der Region. Solch einen Zusammenschluss gibt es nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Es handelt sich nicht um eine seit langem eta-

Links: Yifan Jiang und Tianle Chang bei einer Nachlese-Aktion.
 Mitte: Demonstration des „Wir-haben-es-satt“-Bündnisses, einem Zusammenschluss von über 45 Organisationen.
 Unten: Importierte Milch in China – alles andere als nachhaltig.

blierte oder bereits abebbende Bewegung, sondern um eine Bewegung, die sich seit ein paar Jahren auf ganz Europa ausweitet. Dass ich dies miterleben durfte, hat mir die Zuversicht gegeben, dass wir noch lange nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben. Wir können diese Entwicklungen beobachten und mit ihrer Hilfe den Mythos widerlegen, dass „moderne“ Landwirtschaft industrielle Landwirtschaft bedeutet und nur diese in Deutschland und in ganz Europa sowohl äußerst produktiv als auch gewinnbringend sei. Eine wirklich moderne Landwirtschaft garantiert

kulation anheizt und die Bodenpreise in die Höhe treibt, so dass die kleineren Betriebe nicht mehr mithalten können.

In diesen komplexen Kausalzusammenhängen spielt der Welthandel eine sehr wichtige Rolle. Das haben die Aktivisten der alternativen Landwirtschaft in China bisher zu wenig berücksichtigt. Dabei beteiligt sich China intensiv am globalen Austausch von Agrarprodukten. Im Inland hatte dies den Niedergang des einheimischen Sojaanbaus und die Milchskandale der vergangenen Jahre zur Folge, und auf internationaler Ebene werden

Über die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt ein. Sie fordert von Politik und Wirtschaft die Verwirklichung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards. Sie arbeitet zur Verwirklichung dieser Ziele mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in Europa und Asien zusammen.

www.asienhaus.de

rungsvertretern vorbehalten, die jedoch andere wichtige Aspekte unberücksichtigt lassen. Deshalb waren die Ausführungen der europäischen GVO-Gegner für mich sehr aufschlussreich. Vor allem wurde mir nun klar, dass sie der breiteren Bewegung gegen die Agroindustrie zuzuordnen sind, denn sie protestieren nicht gegen die Gentechnik als solche, sondern gegen deren negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Dazu gehören unter anderem die erzwungene Abhängigkeit der Bauern von den großen Saatgutproduzenten und der Verlust der Artenvielfalt auf den Äckern.

| Gentechnisch veränderte Pflanzen

Als ich nach China zurückgekehrt war, schrieb ich für eine große chinesische Online-Nachrichtenagentur zwei Artikel über das GVO-Problem. Im ersten ergänzte ich die einseitige Diskussion über die Gesundheitsverträglichkeit der GVO-Pflanzen durch weitere Gesichtspunkte: die langfristigen Risiken, das Recht der Bauern auf ihr eigenes Saatgut und die Artenvielfalt in der Land-



Foto: Uwe Hikscho (CC BY-NC-SA 2.0)

auch die Qualität der Lebensmittel und nimmt Rücksicht auf die Umwelt.

Außerdem hat sich auch meine Vorstellung von nachhaltiger Landwirtschaft verändert. Natürlich kannte ich die schädlichen Auswirkungen von Monokulturen und Massentierhaltung und misstraute dem Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Doch ich wusste noch zu wenig darüber, wie sie sich gegenseitig bedingen und welche Folgen sie haben. Neu war mir, dass zum Beispiel die industrielle Viehhaltung in die Abhängigkeit von monokulturell produzierten, genmanipulierten Futtermitteln aus Lateinamerika führt; dass Monokulturen nicht nur die Umwelt, sondern auch die einheimische Lebensmittelproduktion beeinträchtigen; dass die Agrarindustrie die Spe-

mit chinesischem Kapital nicht nur Agrarprodukte importiert, sondern auch Anbauflächen und große Plantagen im Ausland aufgekauft, vor allem in Lateinamerika. Deshalb müssen wir uns nun auch mit dem Problem der sozialen Gerechtigkeit im globalen Rahmen auseinandersetzen.

Erst in diesem umfassenden Kontext lässt sich das Problem der Gnpflanzen in seiner vollen Tragweite erfassen. In China gibt es zwar eine lebhaft Diskussion über den Anbau von GVO-Lebensmitteln, aber dabei geht es hauptsächlich um die Frage ihrer Gesundheitsverträglichkeit. Deren „wissenschaftliche“ Klärung bleibt einem arroganten Klüngel von Akademikern, Industrie- und Regie-

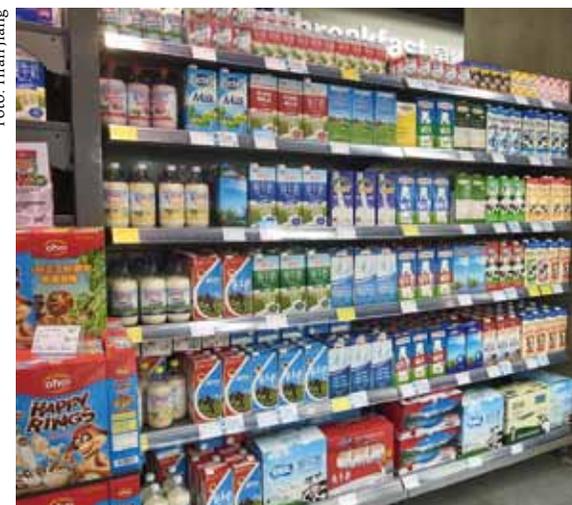


Foto: Yifan Jiang



Yifan Jian bei einem Vortrag in der Landjugendakademie Altenkirchen. Das Foto im Hintergrund zeigt einen Bauernmarkt in China.

wirtschaft. Ich hinterfragte die Behauptung, der GVO-Anbau sei die Voraussetzung unserer Ernährungssicherheit, und zeigte alternative, umweltverträgliche Möglichkeiten auf. Außerdem wies ich darauf hin, dass der überhöhte Fleisch- und Ölkonsum in den chinesischen Städten den angeblich zwingenden Bedarf an landeswirtschaftlichen Produkten unnötig in die Höhe treibt.

| Zukunftsfähige Landwirtschaft

Der zweite Artikel enthielt ein Interview mit Benny Härlin, der sich schon lange für ein gentechnikfreies Europa und für die nachhaltige Landwirtschaft engagiert. Er vertritt die Initiative „Save our Seeds“ und die Plattform „ARC2020“ (Agricultural and Rural Convention 2020). In dem Interview erklärte er, inwiefern die Anti-GVO-Kampagne zur Erhaltung einer zukunftsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft beiträgt. Beide Artikel erreichen eine große Zahl von Leserinnen und Lesern, und es ist anzunehmen, dass sie neue Aspekte in die GVO-Debatte in China hineinbringen.

Während unserer Reise sahen wir auch, dass die politischen Auseinandersetzungen über gegensätzliche Vorstellungen von sinnvoller Landwirtschaft eine wichtige Rolle spielen. Kontraproduktiv wirken sich das System der europäischen Agrarsubventionen und die Verwässerung der Vorschriften für so genannte „grünere“ Landwirtschaft aus. Gemeinsam mit der Abschaffung der Milchquoten und der Subvention für Energiepflanzen bewirken diese Maßnahmen die Fortführung der industriellen Landwirtschaft und die Verschärfung der Krise für Familienbetriebe.

Dagegen setzt sich die Zivilgesellschaft zur Wehr. Für uns war es lehrreich, die beabsichtigten und unbeabsichtigten Auswirkungen unterschiedlicher politischer Konzepte auf die verschiedenen Bereiche der Landwirtschaft kennenzulernen. So hat zum Beispiel der subventionierte Biosprit das Wachstum einer neuen Industrie gefördert, aber gleichzeitig die Entwicklung weiterer Monokulturen und den Landraub vorangetrieben. Dies gefährdet die Existenz der kleinen Betriebe, die Lebensmittel produzieren, und führt letztlich dazu, dass die regionale Lebensmittelproduktion zurückgeht.

All dies zu erfahren, war wichtig, doch was ich jetzt schildern möchte, war nicht nur lehrreich, sondern auch ermutigend. Der Kongress „Wir haben es satt!“ mobilisierte über 200 Organisationen, die sich für unterschiedliche Ziele einsetzen. Hier findet ein Gedankenaustausch zwischen verschiedenen Gruppen statt, aus dem sich gemeinsame Positionen ergeben. Dieser Konsens ist nicht nur ein Kompromiss zwischen verschiedenen Interessen, sondern eine gemeinsame Basis, mit der sich alle Beteiligten identifizieren.

Was uns Jochen Fritz, der Sprecher der Kampagne „Meine Landwirtschaft.de“ und Mitveranstalter von „Wir haben es satt!“ berichtete, ist hierfür ein gutes Beispiel: Die Milchbauern, die durch die krisenhaften Entwicklungen auf dem internationalen Markt zunehmend unter Druck geraten, taten sich auf der gemeinsamen Plattform der Dezentralen Landwirtschaft mit anderen Gruppen in der Bewegung zusammen. Dazu gehören Naturschützer, die die Umweltschädigung durch die Landwirtschaft bekämpfen, Entwicklungshelfer, die die Bauern der Dritten Welt vor der Konkurrenz durch subventio-

nierte europäische Produkte schützen wollen, GVO-Gegner, die gegen das Eindringen von Gen-Food nach Europa protestieren und Tierschützer, die sich gegen die Massentierhaltung zur Wehr setzen. Daran sieht man, dass der Gedanke der Ernährungssouveränität Menschen aus ganz verschiedenen Bereichen spontan einleuchtet. In der Epoche der Globalisierung ist dies ein bedeutender politischer Fortschritt.

Hoffnungsvoll stimmen auch die unzähligen Basisinitiativen, die sich der neoliberalen Ausrichtung der Agrarindustrie widersetzen und sie unterlaufen. Wir besuchten gemeinschaftlich getragene Höfe, die sowohl von Neulingen als auch von alteingesessenen Bauern betrieben werden. Wir hörten, dass diese deutschen Landwirte den ursprünglichen Prinzipien der solidarischen Wirtschaftens treu bleiben und von den Verbauchern und Mitproduzenten sehr viel Unterstützung erfahren. Dagegen beschränkt sich das Projekt der „Community Supported Agriculture“ (CSA) in China oft darauf, dass Gemüseboxen im Abonnement angeboten werden. Auch gibt es in Deutschland wieder mehr Wochenmärkte. Offenbar schätzen viele Verbraucher den direkten Kontakt mit den Erzeugern.

Die jungen Landwirte erzählten uns auch von ihrem Protest gegen den Landraub. Und wir sahen städtische Gemeinschaftsgärten, in denen die Menschen ihr Bedürfnis nach einer unmittelbaren Beziehung zur Natur ausleben können. Außerdem nahmen wir an einem Streifzug durch die Müllcontainer hinter den Supermärkten teil. Mit solchen Aktionen unterläuft die breite Bewegung der „Mülltaucher“ die strukturell bedingte Lebensmittelverschwendung im kapitalistischen System und die Degradierung von Nahrung zur bloßen Ware.

| Den Mythos entzaubern

Diese Erfahrungen machten uns Mut, denn sie lassen sich auch auf unsere Probleme zuhause in China übertragen. Auch bei uns protestieren die Menschen gegen die Auswirkungen des Kapitalismus. Mit der Globalisierung des Kapitals und der Märkte geht die Globalisierung des Widerstands Hand in Hand.

Was wir dringend brauchen und leicht umsetzen können, ist der Austausch von Ideen und Informationen. Wir müssen mehr schreiben, übersetzen und veröffentlichen und wir müssen die Medien stärker nutzen; außerdem brauchen wir auch mehr direkte Kontakte.

So können wir den in China weit verbreiteten Mythos entzaubern, das europäische Modell der industrialisierten Landwirtschaft sei auch für uns ideal. Neue Ideen, wie zum Beispiel das Konzept der Ernährungssouveränität, und neue Erkenntnisse über die Agrarökologie oder neue Formen des bäuerlichen Wirtschaftens (dabei denke ich an Professor Jan Douwe Van Der Ploegs wegweisendes Buch „The New Peasantries“, das auch ins Chinesische übersetzt wurde), können auf der Suche nach Alternativen als Orientierung dienen. Und wir Chinesen können uns mit unserer eigenen Kreativität revanchieren.

Europäer und Chinesen sind gleichermaßen in den globalen Markt für Agrarprodukte

eingebunden, deshalb können Veränderungen im einen Erdteil sich unmittelbar auf den anderen auswirken. In den Wirtschaftsnachrichten wird auf diese Entwicklungen ausführlich eingegangen, doch zumeist werden sie aus der Distanz, aus der Makro-Perspektive und aus dem Blickwinkel der großen Konzerne betrachtet, und so bleiben nicht nur viele Details unberücksichtigt, sondern auch die größeren Zusammenhänge, die das Alltagsleben der Menschen bestimmen.

Deshalb müssen wir Informationen sammeln und austauschen, und wir müssen auf dieser Basis Vorstellungen davon gewinnen, wie die Landwirtschaft weltweit zukunftsfähig werden kann. Projekte wie die von gemeinnützigen Organisationen getragene Internetplattform „China dialogue“ haben in dieser Hinsicht bereits eine Menge geleistet.

Der nächste Schritt sollte meiner Meinung nach sein, die gewonnenen Einsichten mit

Hilfe der Massenmedien sowohl in China als auch in Europa der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Nur wenn die Bevölkerung über diese Probleme Bescheid weiß, werden die Menschen sich damit auseinandersetzen und sich um Lösungen bemühen. Natürlich setzt diese Aufklärungsarbeit die Berücksichtigung der unterschiedlichen kulturellen Gegebenheiten und die Kenntnis der jeweiligen Medienlandschaft voraus, und gerade auf diesem Gebiet können wir uns wechselseitig unterstützen. ||

Übersetzung aus dem Englischen: **Anna Latz**



Yifan Jiang hat Anthropologie und Soziologie studiert und den Bauernmarkt in Shanghai mitbegründet. Er arbeitet als Journalist zu nachhaltiger Landwirtschaft.

Anzeige

WELT-SICHTEN

MAGAZIN FÜR GLOBALE ENTWICKLUNG UND ÖKUMENISCHE ZUSAMMENARBEIT

Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Umweltschutz
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

WELT-SICHTEN analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter www.welt-sichten.org oder
Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 12-2015/1-2016 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Nora Sausmikat (Stiftung Asienhaus), Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Silke Jarick, Angelika Fritsch

Verantwortlich i.S.d.P.: Nora Sausmikat (Stiftung Asienhaus)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
www.welt-sichten.org

Bestellung bei:
Vertrieb@asienhaus.de

Anzeige



Chinas Rohstoffhunger. Perspektiven der Zivilgesellschaft 2015, 60 S., 5 €

Nora Sausmikat (Hrsg.) Mit Beiträgen von Wen Bo, Irene Knoke, Jost Wübbecke, Bai Yunwen, Mark Grimsditch, Thierry Dodin, Michael Reckordt, Staphany Wong, Eva Sternfeld, Nora Sausmikat.

Chinas Rohstoffpolitik sowie die Investitionen im Rohstoffsektor haben nicht nur Auswirkungen in China und in Südostasien, sondern auch in Afrika, Lateinamerika und nicht zuletzt in Europa.



Sustainable agriculture in China: Land policies, food and farming issues 2015, 60 S., 5 €

Nora Sausmikat (Hrsg.) Mit Beiträgen von Jiang Yifan, René Trappel, Chan Shun-hing, Sabine Ferenschild, Evan Ellis, Adrian Ely, Sam Geall, Yiching Song, Nora Sausmikat

Chinas Bedeutung für eine Politik globaler Nachhaltigkeit wächst stetig, auch im Bereich der Landwirtschaft. Die Broschüre will MultiplikatorInnen der entwicklungs- und umweltpolitischen sowie der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in die Lage versetzen, sich differenziert mit der Rolle Chinas für eine globale nachhaltige Landwirtschaft auseinandersetzen zu können.